



Nach der EM 2008 und der WM 2009 soll es 2010 ein Berner Stadtfest geben!

BILD: NADJA FREY EX-PRESS

**TSCHOU**

## Solidarische Politik: jetzt erst recht!

Der Neoliberalismus und damit die Politik der bürgerlichen Parteien mit ihrem Slogan «weniger



Staat – mehr Freiheit» hat versagt. Die aktuelle Krise ist die Folge einer Politik, welche sich zum Erfüllungsgehilfen

der Märkte degradiert hat. Das Primat der Politik sollte mit Deregulierung und Privatisierung zu Gunsten von Gewinnmaximierung und Spekulation abgeschafft werden. In dieser Logik hatten Fragen zum sozialen Zusammenhalt oder zur Sicherung der ökologischen Grundlagen keinen Platz.

Jetzt stecken wir mitten in einer grossen Wirtschaftskrise. Jeden Tag gibt es neue Meldungen über Kurzarbeit, Betriebschliessungen, Umsatzrückgänge. Hinter allen Zahlen und Fakten der Krise stehen Menschen, welche Angst um ihre Existenz haben. Sie machen sich Sorgen, ob ihre Kinder eine Lehrstelle finden, ob auch ihrer Familie neue Armut droht.

Für die SP steht der Mensch im Zentrum, auch in der Wirtschaftspolitik. Wir setzen mit unserer Politik alles daran, dass in der Wirtschaft Arbeitsplätze gesichert werden können. An der Sondersession im Grossen Rat zur Wirtschaftskrise im April 2009 konnten wir im Bereich «Energietechnik für Klima und Arbeit» Erfolge erzielen. Die SP-Vorschläge für Konjunkturfördermassnahmen wurden jedoch von den Bürgerlichen torpediert. Sie blenden den Ernst der Lage immer noch aus und wollen sich vom gescheiterten Neoliberalismus partout nicht verabschieden.

Die SP ist weiterhin Garant für eine Wirtschaftspolitik, welche den Menschen und der Umwelt nützt. In diesem Sinn wurden weitere Vorstösse eingereicht, beispielsweise für gezielte Weiterbildung während der Kurzarbeit. Die SP sagt ja zur Solidarität – in guten wie in schlechten Zeiten.

Irène Marti Anliker ist Parteipräsidentin der SP Kanton Bern

## Die unsichtbare Wirtschaftskrise

SP-VertreterInnen planen ein **Aktionsprogramm für Bern**

*Der Zusammenbruch des neoliberalen Systems hat eine Wirtschaftskrise entfacht, wie sie Generationen nicht erlebt haben. Und doch ist sie im Bewusstsein vieler BernerInnen noch nicht angekommen. Die bürgerlichen Parteien schweigen. Die SP handelt: für ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem.*

Thomas Göttin

Die Wifag als grösster Industriearbeitgeber der Stadt Bern hat für das ganze Jahr Kurzarbeit beantragt und den Abbau von 90 Stellen bekannt gegeben. In Zürich existiert ein ganzer Berufszweig nicht mehr, nämlich die Juristen, die sich mit Firmenfusionen beschäftigen. Vielleicht ist die Krise der 30er-Jahre noch so stark im kollektiven Gedächtnis verankert, dass alles, was nicht diesen Bildern entspricht, für uns keine Krise ist. Das Gute daran: Die Behörden tun viel dafür, dass sich die Bilder nicht wiederholen. Das Gefährliche: Wir wollen neue Formen der Krise nicht wahrhaben.

### Grundsätze für ein Aktionsprogramm

Die SP hat sich bereits im letzten Oktober zur Wirtschaftskrise geäussert. Seither haben namhafte SP-VertreterInnen aus Bund, Kanton und Stadt vernetzt und intensiv über

mögliche Massnahmen diskutiert. Eine Arbeitsgruppe hat daraus ein Aktionsprogramm für die Stadt vorbereitet. Die Schwierigkeit: Nicht in Aktionitis verfallen und gleichzeitig die dringend notwendigen Massnahmen vorbereiten. Was die Stadt als Wirtschaftsmotor unternimmt, kommt auch dem Kanton zugute. Alle Gemeinden sollten sich gegen die Wirtschaftskrise engagieren und nicht nur auf schöne Rechnungsabschlüsse schauen. Ein Moratorium beim Schuldenabbau kann verhindern, dass Gemeinden mit prozyklischem Reduzieren der Ausgaben die Krise noch verstärken.

**Aus- und Weiterbildung dringend**  
Auf Gemeindeebene sind vor allem die Investitionen in Aus- und Weiterbildung dringend. Die Motivation, die Kenntnisse, die Fähigkeiten der Menschen müssen erhalten, verbessert und den Bedürfnissen einer neuen Wirtschaft angepasst werden. Nach der Schule darf niemand auf der Strasse stehen. Es braucht Lehrstellenverbände und schnell wirksame arbeitsmarktliche Massnahmen (z. B. Motivationssemester, Praktika, Programme zur Arbeitsmarktintegration). Betriebsinterne Weiterbildung bei Kurzarbeit darf nicht an Bewilligungsproblemen scheitern.

### Grün reicht nicht als Vision

Die SP fordert über das Aktionsprogramm hinaus den Umbau der Wirtschaft zu mehr Ökologie und gesellschaftlicher Verantwortung.

Während der ökologische Umbau kaum mehr bestritten ist – es müssen nur die Massnahmen wirklich durchgeführt werden! – braucht es in den Bereichen Kultur, Gesundheit und Bildung einen Investitionsschub. Das bedeutet Innovation und Qualität bei den Dienstleistungen auf breiter Basis, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und zu verhindern, dass eine Zweiklassen-Gesellschaft sich ausbreitet. Dazu gehören etwa neue Hausarztmodelle oder Gesundheitsnetzwerke. Qualifizierte Arbeit darf dabei nicht durch Billiglohnjobs ersetzt werden, weil das die Innovationsbereitschaft senkt und die Zweiklassen-Gesellschaft fördert. Eine neue Wirtschaftsordnung bedingt eine Abkehr vom überrissenen und kurzfristigen Gewinnstreben und eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Ohne diese Vision wird es nicht möglich sein, aus der Wirtschaftskrise herauszufinden.

### Stadtfest 2010

Es braucht für die SP bei einer Wirtschaftskrise Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bringen wir die Solidarität, das gegenseitige Verständnis, das gemeinsame Einstehen in schwierigen Zeiten auf? Hier braucht es keine grossen Theorien oder Kurse, die SP schlägt im Stadtrat vor: Feiern wir alle gemeinsam 2010 ein grosses Stadtfest!

Thomas Göttin ist Co-Präsident der SP Stadt Bern

SPITZE FEDER

## Roter Platz – überall

Am diesjährigen 1. Mai wurde der Bundesplatz zum Roten Platz. Endlich wieder ein 1. Mai in Bern, der sich sehen lässt. 2000 Menschen feierten gemeinsam



den Tag der Arbeit. Darunter viele Menschen, die andere Jahre kaum mitbekommen haben, dass 1. Mai ist.

Zu lange versteckte sich die Berner Kundgebung hinter dem Kornhaus und wer zufällig vorbeikam, hatte den Eindruck, in ein Familienfest geraten zu sein.

Ich freute mich, nicht nur die üblichen Verdächtigen zu treffen, sondern die SP-Mitgliederwerbekarte auch zwei, drei Bekannten in die Hände drücken zu können. Prägnante Reden, Musik für Herz und Beine, unzählige Infostände, das traditionelle Risotto und rote Ballone für alle Kinder motivierten zum Mitfeiern. So muss es weitergehen und nächstes Jahr wünschen wir uns 4000 Leute auf dem Bundesplatz. Dies hoffentlich nicht, weil die Wirtschaftskrise sich weiter verschlimmert, sondern weil die Menschen sich des Wertes der realen Arbeit wieder vermehrt bewusst werden und erkennen, dass der Tag der Arbeit auch 2010 topaktuell ist.

Der 1. Mai 2010 ist im Kanton Bern für die meisten arbeitsfrei – er fällt nämlich auf einen Samstag. Dass wir es bisher nicht geschafft haben, den 1. Mai zu einem nationalen bezahlten Feiertag zu machen, ist ein Armutszeugnis für SP und Gewerkschaften. Das wäre doch eine nächste Volksinitiative gegen die Krise: Lässt uns die Arbeit feiern! Immerhin hat 1993 eine Minipartei mit einer Initiative und 83.8 Prozent Ja-Stimmen erreicht, dass der 1. August zum bezahlten Feiertag wurde. In allen umliegenden Ländern ist der 1. Mai bereits gesetzlicher Feiertag und etwas internationale Harmonisierung würde hier sicher nichts schaden... Auf mehr Rote Plätze in der ganzen Schweiz.

Daniel Furter ist Parteisekretär der SP Kanton Bern

## Armut innert 10 Jahren halbieren

SP-Regierungsrat Philippe Perrenoud stellte den neuen **Berner Sozialbericht** vor

*Eine harte Wirtschaftskrise hat begonnen. Wir alle wissen, dass schwierige Zeiten auf uns zukommen. Diese Krise wird die 90 000 Personen, die in unserem Kanton täglich unter echter Armut oder am Rande der Armut leiden, besonders stark treffen. Umso mehr muss die Bekämpfung der Armut zu den dringendsten Prioritäten der Kantonspolitik gemacht werden.*

Philippe Perrenoud

Ja, Sie haben richtig gelesen. Im Kanton Bern sind 50 000 Haushalte arm oder armutsgefährdet. Das heisst: 90 000 Personen, die täglich unter sehr schwierigen Voraussetzungen leben. Aus dieser Feststellung ergibt sich für die rot-grüne Regierungsmehrheit eine zentrale politische Forderung: Die Zahl der betroffenen Personen muss deutlich gesenkt werden. Und, in einer Zeit der tiefen Wirtschaftskrise, gehört die Armutsprävention ganz oben auf die politische Agenda.

Wir müssen leider erneut mit einer schlimmen Zunahme der Arbeitslosigkeit rechnen. Es droht eine Abnahme der Kaufkraft für die Mehrheit der Bevölkerung. Die Einnahmen der öffentlichen Hand werden sinken und auch die sozialen Versicherungen finanziell unter Druck kommen. Daher wird es schwierig, eine Strategie der Armutsbekämpfung aufzuziehen. Es wäre aber falsch zu resignieren. Auch wirtschaftspolitisch trägt eine stark dotierte Armutsbekämpfung dazu bei, die schlechte Konjunktur zu beleben.

### Kinder besonders betroffen

Als ich im Frühjahr 2006 mein Amt als Regierungsrat antrat, habe ich feststellen müssen, dass der Kanton Bern über kein leistungsfähiges Analyseinstrument verfügt, mit dem wir die Realität der Armut wirklich präzise dokumentieren können. Deshalb hat meine Direktion einen Sozialbericht erstellt, der sowohl die bewährten Sozialhilfestatistiken als auch die Steuerdaten in einer ganzheitlichen Analyse berücksichtigt.

Daraus konnten wir eruieren, dass rund sieben Prozent der Berner Haushalte arm sind. Weitere fünf Prozent sind armutsgefährdet. Die Analysen zeigen, dass ein grosser Teil der Betroffenen Kinder sind. Die Mehrheit davon lebt mit einem alleinerziehenden Elternteil. Jeder vierte Alleinerziehendenhaushalt ist auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen. Die



Regierungsrat Philippe Perrenoud forderte am SP-Parteitag gezielte Massnahmen, um die Armut im Kanton zu halbieren.

se Erkenntnisse unterstreichen die Notwendigkeit, das bestehende sozialpolitische Instrumentarium durch gezielte präventive Massnahmen zu ergänzen.

### Jetzt wird gehandelt!

Ich habe mir als Ziel gesetzt, die Anzahl der armutsbetroffenen Personen im Kanton Bern innert zehn Jahren zu halbieren. Sei es durch den Ausbau von familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten; durch die Verstärkung der Beschäftigungs- und Integrationsprogramme im Rahmen der Sozialhilfe; durch die Verbesserung der Früherkennung bei den Kindern im Vorschulalter,

um rascher Stützungsmaßnahmen zu entwickeln; oder auch durch die Verstärkung der Integrationsmassnahmen, die sich an die ausländische Bevölkerung richten.

Am 22. Juni treffen in Bern VertreterInnen der Politik, der Wirtschaft und anderer interessierter Kreise zusammen, um die Ergebnisse des Sozialberichts zu vertiefen und Strategien der Armutsbekämpfung zu skizzieren. Der entscheidende Erfolgsfaktor heisst hier «politischer Wille» und ich werde alles daran setzen, um ihn zu wecken.

Philippe Perrenoud ist Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern

### BERNER SOZIALBERICHT 2008

Im ersten Band wird die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung unter Beizug der Sozialhilfestatistik und der Steuerdaten des Jahres 2006 analysiert. Der Bericht stellt auf das verfügbare Einkommen ab: Welche Ressourcen stehen für Verpflegung, Miete, Krankenversicherung usw. zur Verfügung. Im zweiten Band werden Gespräche mit armutsbetroffenen Personen dargelegt, die Aspekte ihrer aktuellen Situation offen schildern, ihre Ängste, aber auch ihre Hoffnungen zum Ausdruck bringen. Der Berner Sozialbericht 2008 kann unter [www.be.ch/sozialbericht](http://www.be.ch/sozialbericht) heruntergeladen oder in Papierform kostenlos unter [info.rekure@gef.be.ch](mailto:info.rekure@gef.be.ch) bestellt werden.

# Jetzt braucht es Verwaltungsrätinnen!

Die Genderforscherin **Mari Teigen** empfiehlt das norwegische Modell zur Nachahmung

*Es ist ein offenes Geheimnis, dass in den Verwaltungsräten in der Schweiz kaum Frauen sitzen. Nur knapp jede 10. Person in einer Unternehmensleitung ist eine Frau. Eine unverständliche Situation.*

Angelika Neuhaus

Häufig wird die mangelnde Frauenvertretung damit begründet, dass es hierzulande zu wenige qualifizierte Frauen gebe – ansonsten würde man(n) sie schon wählen. Offensichtlich gilt diese Aussage im Norden Europas nicht – dort wimmelt es nur so von qualifizierten Frauen, die innerhalb weniger Jahre die Verwaltungsräte eroberten.



## Das Wunder von Norwegen

Wie kam es zu dieser wundersamen Entwicklung? In Norwegen trat am 1. Januar 2008 ein Gesetz in Kraft, das verlangt, dass in den Verwaltungsräten jedes Geschlecht mit mindestens 40 Prozent vertreten ist. Dieses Gesetz zwingt Unternehmen, Komitees und öffentliche Gremien, zielgerichtet Frauen zu rekrutieren. Eindrückliche Zahlen beweisen, dass der eingeschlagene Weg erfolgreich ist: 2002 6; 2005 16; 2007 30; und 2008 waren bereits 40 Prozent Frauen in den obersten Etagen vertreten.

Diese unglaubliche Entwicklung hat uns neugierig gemacht. Wir wollten wissen, wie die ersten Erfahrungen sind. Nachgefragt haben wir bei Frau Dr. Mari Teigen, Research Director am Institute for Social Research in Oslo. Sie forscht seit Jahren im Gleichstellungsbereich und hat etliche Bücher und Artikel dazu publiziert.

*Frau Teigen, auf welchem Weg wurde die Einführung der Geschlechterquoten erreicht?*

Die neuen Regelungen zur Gleichstellung der Geschlechter in Verwaltungsräten wurden durch gesetzliche Vorgaben eingeführt. Sie orientieren sich am Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter, das eine Verteilung von mindestens 40 Prozent Frauen und 40 Prozent Männern in öffentlich berufenen Gremien und Komitees verlangt. Das Gleichstellungsgesetz



Mari Teigen untersucht den Erfolg der Geschlechterquoten in norwegischen Verwaltungsräten.

BILD: ZVG

für Verwaltungsräte ist allerdings Teil des Unternehmensgesetzes (Company's Act).

*Welche Probleme gibt es in der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und wie werden sie gelöst?*

Bei der Einführung der Vorgaben sind keine besonderen Probleme aufgetreten, zumindest wurden keine öffentlich bekannt. Es ist aber wahrscheinlich, dass die Unternehmen grosse Rekrutierungsanstrengungen unternommen haben, um Frauen anzuwerben.

*Wie werden die Frauen für die Verwaltungsratssitze rekrutiert und wie ist ihre Akzeptanz?*

Diese Fragen wurden noch nicht vollständig geklärt. Unser Forschungsprojekt zum Thema wird sich genau damit beschäftigen. Es gibt heute aber keine Hinweise darauf, dass Frauen in den Verwaltungsräten nicht vollständig akzeptiert würden.

*Welche Konsequenzen müssen Firmen fürchten, wenn sie den gesetzlichen Vorgaben nicht entsprechen?*

Unternehmen, die auch nach mehrmaliger Aufforderung den gesetzlichen Vorgaben nicht nachkommen, riskieren als letzte Konsequenz die Auflösung des Unternehmens. Wei-

ter können Unternehmen zu Strafzahlungen gezwungen werden. Zum aktuellen Zeitpunkt ist es schwierig abzuschätzen, ob Unternehmen die gesetzlichen Vorgaben ignorieren werden. Ungefähr 70 Unternehmen wurden bereits informiert, dass die geschlechterspezifische Zusammensetzung ihres Verwaltungsrates nicht gesetzeskonform sei und sie entsprechende Anpassungen vornehmen müssen.

*Welche ersten Erfahrungen gibt es mit den Quoten in den Verwaltungsräten?*

Es gibt noch viel zu tun. Basierend auf Rückmeldungen und unseren Nachforschungen scheinen die Gesetze sehr erfolgreich zu sein. Die Einführung der Vorgaben ist auf wenig Opposition gestossen. Viele sind der Meinung, der Schritt zu einer Gleichstellung der Geschlechter im Geschäftsleben, das zu lange von Männern dominiert wurde, sei wichtig und notwendig.

Genau da müssen wir in der Schweiz ansetzen: Gleichstellung muss in die Köpfe. Ob dies ohne (gesetzlichen) Druck möglich ist, bezweifle ich.

Angelika Neuhaus ist geschäftsführende Parteisekretärin der SP Kanton Bern

## SP-FRAUEN

Gut 50 Frauen nahmen an der diesjährigen HV der SP-Frauen Kanton Bern teil. Sie fand am 2. Mai im Kino der Reitschule Bern statt. Nach vier Jahren hat Katharina Hess ihren Rücktritt als Präsidentin der SP-Frauen erklärt. Sie wurde von Regierungspräsidentin Barbara Egger-Jenzer herzlich verabschiedet. Wir möchten ihr an dieser Stelle für ihren grossen Einsatz danken! Als Nachfolgerin wurde Barbara Stalder Ritschard gewählt. Als Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Bern gewährleistet sie auch eine gute Vernetzung zur Kantonalpartei.

Nach den statutarischen Geschäften nutzten wir das Kino und sahen einen Film zum Thema «Zwangsheirat». Anschliessend schilderten Simone Egger (TERRE DES FEMMES), Juliet Jayanthi Sellathurai (BAFFAM), sowie Ursula Heitz (Kompetenzzentrum Integration Stadt Bern) in Referaten die Situation von betroffenen Frauen in der Schweiz. Sie informierten über die Aufgaben ihrer Fachstellen sowie über aktuelle Massnahmen auf politischer Ebene. Zum Schluss lasen Heidi Maria Glössner – bekannt aus dem Film «Die Herbstzeitlosen» – und Silvia Jost ergreifende Texte von betroffenen Frauen und Interessantes aus der Wissenschaft.

In der verabschiedeten Resolution gegen Zwangsehen fordern die SP-Frauen Kanton Bern klare gesetzliche Grundlagen im Bereich des Opferschutzes. Es ist dringend notwendig, dass Lehrkräfte an Schulen und Fachpersonen in der offenen Jugendarbeit vermehrt eine Schlüsselfunktion übernehmen und die jungen Frauen über ihre Rechte aufklären. Betroffene Frauen sollen in Frauenhäusern eine langfristige Begleitung von Fachleuten erhalten. Migrantinnen müssen über ihr Recht auf freie Partnerwahl und das Verbot der Zwangsheirat informiert werden.

Die Hauptversammlung wurde mit einem Rundgang durch die Reitschule und einem gemeinsamen Mittagessen im Restaurant «sous le pont» kulturell wie kulinarisch abgerundet. Ein grosses Merci an alle Beteiligten in der Reitschule!

Leitungsgremium  
SP-Frauen Kanton Bern

## SCHLUSSSPURT

# Jetzt SP-Regierungsstatthalter wählen!

In den Wahlkreisen Bern-Mittelland, Thun und Berner Jura tritt die SP am 17. Mai für die Regierungsstatthalterwahlen an. Jetzt ist die letzte Chance unsere drei kompetenten Kandidaten zu wählen.



**Christoph Lerch**

hört zu  
wägt ab  
entscheidet

**SP**  
www.christophlerch.ch

Regierungsstatthalterwahl  
Bern-Mittelland

Gewerbeinspektor  
**Reto Keller**  
der Regierungsstatthalter für  
Stadt und Land



**SP**  
klar.sozial

Reto Keller – «dä vo hie»  
www.kellerreto.ch

être au service du jura  
bernois et non pas se  
servir du jura bernois



Jean-Philippe Marti

notre projet pour l'élection du 17 mai 2009

Der starke  
Personalverband **BSPV**



## Erste Rechtshilfe und mehr!

Wir beraten Sie gerne:  
www.bspv.ch, 031 311 11 66.  
BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

## IMPRESSUM

Herausgeberin:  
SP Kanton Bern  
Monbijoustrasse 61  
Postfach 1096  
3000 Bern 23  
Telefon 031 370 07 80  
links.be@spbe.ch

Spenden: PK 30-895-9  
(SP Kanton Bern)

Redaktion: Daniel Furter

Redaktionsschluss nächste  
Ausgabe: 22. Juni 2009

Adressänderungen bitte direkt an:  
linksabo@spschweiz.ch

## AGENDA

### 14. MAI, 19 UHR

Kursangebot der SP-Frauen:  
**Politische Grundbegriffe**  
(Informationen www.spfrauenbe.ch)  
Anmeldung: frauen@spbe.ch  
Gasthof zum goldenen Löwen in Langnau i. E

### 6. JUNI, 14 UHR

Bildungsanlass der SP Böödeli:  
**1. Teil: Workshop «Jetzt rede ich»**  
**2. Teil: Apéro und Bowling**  
Bowling Interlaken, Geissgasse 7, 3800 Interlaken  
Anmeldung: berger.hp@bluewin.ch

### 16. JUNI, 18.30 UHR

**Bildungsveranstaltung**  
**«Vorstandsarbeit: Planung und Finanzen»**  
Hotel Bern, Saal 5, Bern  
Anmeldung: toni.marbot@spbe.ch

### 18. JUNI, 19 UHR

Kursangebot der SP-Frauen:  
**Eigene Meinung vertreten**  
(Informationen: www.spfrauenbe.ch)  
Anmeldung: frauen@spbe.ch  
Restaurant Schlossgut in Münsingen

## ROTES BRETT

### SP-Brief zum 1. Mai an alle Gemeinden im Kanton Bern

#### «SETZT EUCH FÜR DIE LEHRSTELLENABGÄNGERINNEN EIN!»

Zum Tag der Arbeit bat die SP Kanton Bern alle Gemeinderäte im Kanton, umgehend mit den lokalen Lehrbetrieben zu sprechen. Denn in der aktuellen Krise werden die Jugendlichen zu den grössten Verlierern zählen. Schon heute ist die Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 24-Jährigen massiv höher als im Durchschnitt und im Herbst droht ein weiterer Anstieg. Die Gemeinden wurden im Brief der SP aufgefordert, mit den Lehrbetrieben in ihrer Gemeinde Möglichkeiten für die Weiterbeschäftigung der LehrabgängerInnen zu suchen, damit diese im Herbst nicht ohne Perspektive auf dem ausgetrockneten Arbeitsmarkt stehen.

### DU BIST AUF FACEBOOK?

Tritt auch der Gruppe SP Kanton Bern bei und diskutiere mit zu unseren aktuellen politischen Forderungen. Bereits sind über 100 Leute dabei.

### NEU ALS SP-MITGLIED 5 FRANKEN GÜNSTIGER

in die Veranstaltungen des Kulturzentrums Chrämerhuus Langenthal, Jurastrasse 12, 4900 Langenthal, Reservationen 062 923 26 77, www.chraemerhuus.ch

- Do 14. Mai, 20 Uhr: **The Sacred Sailors** (Schweden). The Sacred Sailors spielen treibenden Rock'n'Roll, der von der frühen Detroit und Cleveland Szene inspiriert und vom Rock und Psych Sound der 60er und 70er beeinflusst wurde. Einziger Schweizer Auftritt mit «Tune In, Turn On».
- So 17. Mai, 19 Uhr: **Blüten der Dämmerung**. Ein Lesestück von Miriam Erni und Corina Freudiger

Mit dem SP-Mitgliederausweis erhältst du an der Abendkasse 5.- Rabatt (nicht kumulierbar mit anderen Vergünstigungen).

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch